

## **Koalition mit den Linken?<sup>1</sup>**

von Dr. Wilhelm Knabe<sup>2</sup>, KV Mülheim an der Ruhr

Ein wichtiger Grund des Scheiterns der Sondierungsgespräche mit den Linken war deren Weigerung, die DDR als Unrechtsstaat zu benennen.

Diese Weigerung spricht eine Partei aus, deren Vorgängerin nicht etwa diesen Unrechtsstaat passiv erduldet hätte, sondern die ihn geschaffen und über 4 Jahrzehnte mit Klauen und Zähnen – sprich mit Gewalt, Drohung von Gewalt und Indoktrination - gegen die eigene Bevölkerung verteidigt und am Leben gehalten hat.

Zu einer Aufarbeitung dieser ihrer Vergangenheit war Die LINKE nie bereit. Allenfalls distanzierte sie sich noch von manchen Maßnahmen der STASI, aber sie vergaß dabei stets zu erwähnen, dass diese Stasi von der SED geschaffen wurde und nur auf deren Anordnung aktiv wurde.

Manche westdeutsche Grüne sehen diesen Zusammenhang nicht, sie vergleichen Parteiprogramme und freuen sich über Forderungen wie die des gemeinsamen Lernens bis zum 6. Schuljahr von Seiten der Partei Die Linken. Aber wie glaubhaft ist eine solche Forderung, wenn ihre Vorgängerin SED junge Menschen von der Oberschule und damit der wichtigsten Qualifizierungsmöglichkeit ausschloss, weil sie in der Jungen Gemeinde aber nicht in der FDJ waren. Diesen Jugendlichen geschah bitteres Unrecht, dessen Folgen auch nach 1989 nie entschädigt wurde. oder sie koppelten eine Zulassung zum Studium für alle - außer den Theologen - an den Nachweis der vormilitärischen Ausbildung und den Besuch eines entsprechenden Lagers. In vielen Fällen brauchte es zusätzlich eine Bescheinigung über politisches Wohlverhalten im Sinne der SED. Der berufliche Lebensweg hing dann auch weiterhin von der Gnade der SED ab, denn sie hatte in allen Betrieben, Hochschulen und öffentlichen Institutionen einen Parteisekretär oder anderen Funktionär, der bestimmte, ob einer weiterkommen durfte oder nicht. Diese SED-Genossen hatten alle Möglichkeiten, einem Bausoldaten, d.h. einem Kriegsdienstverweigerer, die Wege zum beruflichen Aufstieg zu verbauen.

Dieselbe Partei schuf die Unabhängigkeit der Legislative ab und gab vielerorts den Gerichten bei jedem Einzelprozess vor, welche Strafe ein Beschuldigter erhalten sollte, wobei dem

---

<sup>1</sup> Beitrag zu innerparteilichen Diskussion um mögliche Koalitionen in NRW

<sup>2</sup> wilhelmknabe@gmx.de

Richter durch entsprechende Gummiparagraphen wie Boykotthetze und Vorbereitung einer Republikflucht willkommene juristische Begründungen an die Hand gegeben waren.

Von willkürlichen Verhaftungen, Toten an der Mauer oder der Westgrenze der DDR haben auch Westdeutsche meistens gehört, von einer anderen Maßnahme nur selten. Ich meine die „Zersetzung“ einer Person, die vom Ministerium für Staatssicherheit in einem operativen Plan vorgeschrieben wurde. Diese Unrechtstat hat mich mehr als vieles andere empört, denn hier sollte ein dem Regime unbequemer Zeitgenosse durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Verzweiflung und Selbstzerstörung getrieben werden.

Das alles ist heute Geschichte und in mancher historischen Veröffentlichung dokumentiert, aber damit noch längst nicht erledigt, wie manche glauben. Es fehlt die eigenständige Aufarbeitung dieser vielen Unrechtstaten durch die Partei Die Linken selbst. Nur dann bestünde Hoffnung auf eine fruchtbare Zusammenarbeit. Bisher hat sie meines Wissens nur fadenscheinige Entschuldigungen oder Vergleiche mit angeblich ähnlichen Vorkommnissen im Westen vorgebracht. Deshalb ist die Forderung **der Anerkennung der DDR als Unrechtsstaat** das allermindeste, was Bündnis 90/Die Grünen vor einer Zusammenarbeit von den Linken verlangen muss.

Viel treffender wäre Formulierung:

**„Die DDR war ein Unrechtsstaat unter Führung der SED.“**

Wilhelm Knabe

Mülheim an der Ruhr, den 24. Mai 2010